

Auf dem Weg zu einer europäischen Identität

SYMPOSIUM DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN PRAG

Ein gemeinsames Bekenntnis zur Demokratie, zum Rechtsstaat und der Achtung der Menschenrechte, ein gemeinsames Parlament, ein gemeinsamer Gerichtshof, eine gemeinsame Währung, eine gemeinsame Verfassung, gemeinsame wirtschaftliche Interessen, gemeinsame Richtlinien und Verordnungen, gemeinsame Außengrenzen und gemeinsamer Friede im Inneren. Das ist unser Europa heute. Was wir nicht haben, suchen wir täglich: gemeinsame Identität – damit die Idee Europa in unseren Köpfen weiter wachsen kann.

Mit der zunehmenden politischen Integration sind auch die Hoffnungen gestiegen, eine gemeinsame Idee Europa zu entwickeln. Europa ist mehr als die Europäische Union, aber diese ist zum zentralen Bezugspunkt der europäischen Einigung geworden. Europa ist mehr als die institutionelle und wirtschaftliche Integration.

Europa ist die gewachsene Vielfalt seiner Kulturen, Mentalitäten, Sprachen, ein buntes Bild aus Erfahrungen und Erinnerungen, Baustilen, Ess- und Trinkgewohnheiten, von Umgangs- und Lebensweisen. Europa stellt sich nicht als uniforme Idee, sondern als anregende Vielfalt dar, mit vielen Besonderheiten und Eigentümlichkeiten, auch mit Unterschieden oder gar Gegensätzen.

Europäische Identität

Ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl gründet auf gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Zielen. Es kann über

ein gemeinsames kulturelles Erbe beschrieben werden, dessen Besonderheiten in seiner vielfältigen Ausgestaltung liegt. Der Wille, diese Vielfalt in Frieden zu erhalten, eint die Völker Europas.

Zusammengehörigkeitsgefühl ist eine wichtige Grundlage kollektiver europäischer Identität. Das kulturelle Erbe Europas beruht darauf, dass griechisch-römische Antike, Christentum, Aufklärung, Humanismus, europäisches Judentum und Islam eine unvergleichliche Mischung eingegangen sind.

Gemeinsame Ziele sind Friedenssicherung, Wohlstand für alle und die Bündelung von Kräften mit dem Zweck, sich als geeintes Europa in der Welt zu behaupten. Charakteristisch für Europa soll das konstruktive Miteinander von unterschiedlichen Ländern auf engem Raum sein.

Die europäische Identität bildet sich auch in den Antworten der Völker auf die großen Fragen der Zukunft. Wo stehen sie, die Völker Europas, wenn es darum geht, den Frieden zu sichern und Menschen in Europa und anderswo in der Welt vor Krieg und Vertreibung, vor Mord und Raub zu schützen? Welche Rolle spielen sie in einer Welt mit zunehmender Bevölkerung, wachsendem Hunger, immer größeren Wanderungswellen, grenzenloser Umweltzerstörung und ungebremster Klimaveränderung? Welche Zukunft schaffen sie für die Grundlage der europäischen Zivilisation, die menschliche Arbeit, in einer sich globalisierenden Wirtschaft? Finden sie ein neues Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfä-

higkeit, der sozialen Gerechtigkeit, auf dem die Demokratie in Europa ruht?

Das gemeinschaftliche Handeln soll von einer Verantwortung für nachfolgende Generationen geprägt sein und sich auf die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie auf die Achtung von Grund- und Freiheitsrechten stützen.

Ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl kann von einer Elite initiiert werden, muss jedoch langfristig eine breitere Schicht von Europäern ergreifen, um dauerhafte Grundlage für eine europäische Identität sein zu können. Das Konzept einer europäischen Identität bedeutet nicht, dass diese andere Identitäten (beispielsweise die nationalen) ersetzt, sondern vielmehr diese ergänzt oder erweitert. Die Europäer bleiben in nationalen, regionalen und lokalen Bezügen zu Hause, finden dort Halt, bilden dort ihre Heimat.

Gründungsmythen stiften kollektive Identität. Der Gründungsmythos der Europäischen Union (der Europäischen Gemeinschaften) liegt in der pragmatischen und friedlichen Austragung von zwischenstaatlichen Konflikten. Identität gründet sich daher nicht auf einen einzelnen Gründungsmoment, sondern auf die Evolution und Integration der Europäischen Gemeinschaft. Das historisch Neue daran ist der kontinuierliche friedliche Abbau von zwischenstaatlichen und regionalen Konflikten.

Die Vielzahl von Ereignissen ist der kollektive Gründungsmythos der Europäischen Union (der Europäischen Gemeinschaften), dessen emotionale Popularisierung von Staat, Gesellschaft und Europäischer Union zu forcieren ist.

Europäische Identität und europäisches Gemeinschaftsgefühl ent- und bestehen dauerhaft, wenn dieses Bewusstsein auch in Symbolen seinen Ausdruck findet.

Einen solchen Symbolgehalt haben:

- die Europahymne und die Europafahne;

- der Euro (auch wenn nicht alle EU-Mitglieder der Euro-Zone angehören)

- EU-Führerschein, EU-Reisepass;

- der Europatag am 9. Mai.

Die Medien haben eine Schlüsselfunktion für die Weiterbildung von europäischen Identitäten, die sie im Wechsel mit der Gesellschaft ausüben. Die Medien müssen mehr über Europa informieren und begeistern, doch können sie das nur tun, wenn auch das Interesse beim Publikum, der Bevölkerung, vorhanden ist. Das Medieninteresse bei der Einführung des Euro hat gezeigt, dass dies möglich ist. Zunächst ist daher der Einzelne und die Politik gefordert, in seinem Umkreis über Europa zu informieren und zu interessieren.

Die europäische Integration ist im Ausgangspunkt eine Rechtsgemeinschaft, in der als politisches Projekt die rechtsförmige Austragung von Interessensgegensätzen zwischen Staaten in Europa an die Stelle kriegerischer Auseinandersetzungen der vergangenen Jahrhunderte getreten ist. Diese Rechtsgemeinschaft, die den einzelnen in den Mittelpunkt stellt, vermittelt Sicherheit und wirkt damit identitätsbegründend. Der Übergang von einer Rechts- zu einer Verfassungsgemeinschaft wirkt auf den Zusammenhalt in Europa zurück und eröffnet die Perspektive einer immer deutlicher wahrnehmbaren Identität durch den Prozess der Konstitutionalisierung selbst.

Eine gemeinsame Verfassung, welche die Vielfalt Europas unter einem konstitutionellen Dach vereint und zugleich schützt, wäre ein bedeutender Schritt im Integrationsprozess. Die bloße Existenz einer Verfassung löst aber noch keinen Verfassungspatriotismus aus. Es muss eine emotionale Verbindung bestehen. Das Kernproblem ist die Frage nach der Identifikation und Loyalität gegenüber einer europäischen Verfassung. Eine umfassende Diskussion in der europäischen Öffentlichkeit kann dabei weiterführen. Nur wenn die breite Bevölkerung an einer Verfassungsgebung partizipieren kann und der einzelne sich davon betroffen fühlt, ist es möglich, den verfassungsgebenden

Akt als europäischen Gründungsmythos zu verstehen. Auf einer solchen Grundlage kann ein Verfassungspatriotismus identitätsstiftend sein.

Institutionen besitzen grundsätzlich das Potential, Identität zu stiften. Insbesondere bilden die EU-Institutionen nach innen und außen eine sichtbare Verkörperung der Union. Sie sind verbindendes Element zwischen den Unionsbürgern verschiedener Nationalität. Insbesondere das Europäische Parlament durch seine demokratische Legitimation und die Europäische Kommission durch ihre Orientierung am supranationalen Interesse können identitätsstiftend sein. Gegenläufig wirken das Transparenzdefizit und die fehlende Vertrautheit der Bevölkerung mit den europäischen Einrichtungen.

Von der überwiegend idealistischen Wahrnehmung einer Unionsbürgerschaft unterscheidet sich die nationale Staatsangehörigkeit durch das Bewusstsein bürgerlicher Rechte und Pflichten. Die Europäische Union wird immer noch zu häufig nur als eine Behörde angesehen, deren Dienste man nutzt, und weniger als ein politisches Projekt, mit dem man sich identifiziert. Eine Unionsbürgerschaft würde identitätsstiftend wirken, wenn sie ebenfalls Rechte und Pflichten beinhalten würde.

Es sei in diesem Zusammenhang auf die Chancen, die sich durch eine europäische Verfassung ergeben, verwiesen.

Eine europäische Identität kann nicht auf einer ethnischen Grundlage beruhen, da klare Ethnizitätskriterien fehlen. Eine europäische Identität stellt weder eine individuelle noch eine kollektive Exklusividentität dar. Sie manifestiert sich automatisch als Komplementäridentität (d. h. sie kann neben anderen Identitäten ohne Rangfolge existieren) und setzt deshalb ein multiples Identitätskonzept voraus.

Eine europäische Identität lässt sich nicht nach dem Bild nationaler Identitäten modellieren. Die Europäische Union kann auch nicht erwarten, dass ihr die gleichen Loyalitäten und Opfer entgegengebracht werden wie den Nationalstaaten. Eine europäische

Identität wird immer nur ein Zusatz zur nationalen, nie ein Ersatz für sie sein. Aber europäische Identität ist nicht möglich, ohne dass sich die Völker Europas mit Europa identifizieren.

Die Regionen bleiben als Heimaträume ein wichtiger Bezugspunkt für den EU-Bürger, stehen aber einer europäischen Identitätsbildung nicht im Wege, können sie sogar fördern. Regionale und europäische Identität schließen sich nicht aus. Das Zusammenwirken von Einheit und Vielfalt in Europa lässt sich durch eine sinnvolle Zusammenarbeit von EU, Mitgliedstaaten und Regionen verwirklichen.

Europa findet seine Identität auch in der Einheit, nicht in der Einheitlichkeit. Es wird auch in Zukunft eine Fülle von nationalen und regionalen Sprachen, Kulturen, Gewohnheiten, Traditionen und Erinnerungen geben. Die Europäer bleiben in nationalen, regionalen und lokalen Bezügen zu Hause, finden dort Halt, bilden dort ihre Heimat.

Die Frage nach europäischer Identität stellt sich in personalen, lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Kontexten und Identifikationen. Von Umberto Eco stammt der Satz, er fühle sich in Italien als Mailänder, in London als Italiener und in New York als Europäer.

Mit der Währungsunion, dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wächst die Europäische Union in die klassischen Hoheitsrechte europäischer Nationalstaaten hinein: die Währung, die Justiz und das Militär.

Das zwingt zu einem gemeinsamen Handeln jenseits des Marktes. Auch aus der Gemeinsamkeit des Tuns wächst europäische Identität. Dieses Tun bezieht sich auch auf den/die Einzelnen, der über die entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten die Gelegenheit erhält, neben den Institutionen auch Verantwortung für das gemeinsame Europa zu übernehmen.

Neue Regionen, neue Märkte und Machtblöcke bilden sich – in Asien und im Pazifik, in

Lateinamerika. Sie beanspruchen den Platz in der Welt, der ihnen zusteht. Die Europäer haben das Recht, den eigenen zu behaupten. Aber nicht in erneuerten Weltherrschaftsphantasien wird Europa seine Identität finden, aber auch nicht in der Idylle nationaler oder gar regionaler „Schrebergärten“. Die Europäische Union muss in der Welt die politische Verantwortung übernehmen, die ihrem wirtschaftlichen Gewicht entspricht. Europäische Identität wächst auch aus der Verantwortung der Europäer für die Welt.

Sichtbar werden könnte dies auch dadurch, dass die Europäische Union anstrebt, als Union in internationalen Organisationen (z. B. der UNO) vertreten zu sein.

Vor diesem Hintergrund meint „europäische Identität“ keinen statischen, abgeschlossenen Zustand, sondern einen dynamischen, offenen Prozess, in dem sich die Europäer/innen über die Bilder und Vorstellungen verständigen, die sie von sich und den anderen haben.

Wir brauchen auch neue Meilensteine für die Identitätsfindung Europas, die die entstehende Identität für den Bürger greifbar und emotional erfahrbar machen.

Auf dem Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit

Die Fragen nach einer europäischen Identität und einer europäischen Öffentlichkeit können sicherlich nicht als völlig getrennt voneinander betrachtet werden: erst Öffentlichkeit kann Konsens stiften. Sie bildet den Kitt für jede zukunftsfähige politische Ordnung. Ohne ein Mindestmaß an politischer Öffentlichkeit kann sich auch die EU nicht weiterentwickeln.

Politische Willensbildung und politische Entscheidungen können nur dann demokratisch erfolgen, wenn ihnen eine öffentliche Auseinandersetzung zugrunde liegt. Europäische politische Konflikte müssen offener, d. h. auch in einer europäischen Öffentlichkeit, ausgetragen werden. In einer sprachlich und kulturell heterogeneren EU mit 25 oder mehr Mitgliedern ist dies jedoch schwierig.

Deshalb müssen vor allem die Chancen genutzt werden, die Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten weiter voranzutreiben. Dem Defizit an europäischer Öffentlichkeit liegt – wie bereits erwähnt – liegt teilweise ein Transparenzdefizit der EU zugrunde.

Die Europäische Union fordert zwar Experten, Politiker, Zivilgesellschaften zur Beteiligung heraus, aber kaum den europäischen Bürger zum demokratischen politischen Engagement. Die Beteiligung an den Europawahlen sinkt seit ihrer Einführung 1978 kontinuierlich. Ein entscheidender Grund liegt darin, dass bei den Europawahlen nicht wie bei den nationalen Wahlen eine echte Wahl zwischen zwei konkurrierenden Regierungsmannschaften ansteht. Ob diese Wahlen überhaupt eine Auswirkung auf die Zusammensetzung der europäischen Exekutive, also der Europäischen Kommission, haben, ist für den Wähler schwer auszumachen.

Demokratische Öffentlichkeiten leben in hohem Maß von der Konkurrenz zweier konkurrierender Mannschaften. Der europäischen Öffentlichkeit fehlt dieses entscheidende Stimulans, weil das europäische Parlament die Kommission bisher nicht wählt.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Entstehung der europäischen Öffentlichkeit sind Fremdsprachenkenntnis der Europäer, die zwar seit Mitte des 20. Jahrhunderts stark zugenommen haben, nun aber stagnieren. Fast die Hälfte aller EU-Bürger beherrscht einzig die Muttersprache, nur ein Viertel der Europäer beherrscht mehr als eine Fremdsprache.

Aber selbst wer allein Argumente wie wirtschaftliche Effizienz und beruflich verwertbare Fähigkeiten gelten lässt, wird wenigstens dem Argument zugänglich sein müssen, dass es beruflich von Nutzen sein könnte, die Freizügigkeit innerhalb der EU zu nutzen – auch dies könnte ja eine Lebenschance sein. Dafür sind entsprechende Fremdsprachenkenntnisse eine Voraussetzung.

Ein Anzeichen für eine entstehende europäische Öffentlichkeit war die Änderung der Präsentation von Europeanachrichten in den Medien. Zwar sind, soweit wir wissen, die Europeanachrichten in den Medien nicht eindeutig häufiger geworden. Europa nimmt - von besonderen Zeiten wie den Beratungen der europäischen Verfassung abgesehen - keinen breiteren Platz in den Medien ein. Aber die Präsentation der Europeanachrichten hat sich verändert. In den 1950er und 1960er Jahren wurden Europathemen in der Regel ganz unter nationaler Perspektive präsentiert und vor allem berichtet, wie die jeweilige nationale Regierung agierte und welche nationalen Interessen berührt wurden. In den letzten beiden Jahrzehnten hingegen wurden Europeanachrichten mehr und mehr unter der europäischen Perspektive präsentiert.

Es gibt zwar keine genuin europäische Zeitung und kein genuin europäisches Fernsehen, aber es kommt zu einer immer stärkeren Verschränkung zwischen nationalen und europäischen Debatten (z. B. Euro, Konvent) und es zeigen sich schon Ansätze für ähnliche Interpretationsmuster.

Der Medienwettbewerb wird zu einer weiteren Europäisierung der veröffentlichten Meinung führen (vgl. die Kooperation der Financial Times Deutschland mit der Financial Times, Le Soir, El Pais).

Wesentlich erscheint insbesondere die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit mit grenzüberschreitenden Kommunikationskanälen für öffentliche Debatten.

Wir brauchen deshalb eine verstärkte grenzüberschreitende Berichterstattung, eine europäische Zeitung und europäische Quizrunden, Talkshows, Presseclubs und Diskussionsrunden in den Medien

„Europäische Dimension“ bedeutet in den meisten Lehrplänen die Geschichte der europäischen Integration und von deren Institutionen. Ansonsten dominiert die nationale Perspektive.

Nachzudenken wäre über eine „Europäisierung der Lehrpläne“, damit folgendes ver-

mieden werden kann: Im Geschichtsunterricht beispielsweise tauchen zahlreiche europäische Länder überhaupt nicht oder nur stellenweise auf. Griechenland hat lediglich Anspruch darauf, im Altertum erwähnt zu werden; Portugal und Spanien spielen nur für die Zeit der großen Entdeckungen eine Rolle und verschwinden dann im 17. Jahrhundert von der europäischen Bildfläche. Erst in den achtziger Jahren tauchen diese drei Länder dann urplötzlich wieder auf der historischen Bühne auf, um der EG beizutreten. Hätte es einst nicht die gefürchteten Streifzüge der Wikinger gegeben, würden die Skandinavier im Geschichtsunterricht anderer europäischer Staaten wohl unerwähnt bleiben.

Im Politikunterricht findet sich kaum ein Hinweis oder ein Vergleich mit den politischen Systemen anderer europäischer Staaten. In Lesebüchern des muttersprachlichen Unterrichts dominieren Autoren der eigenen Sprache. Europäische Literatur fehlt vielfach.

Diverse Bildungsprogramme – wie SOKRATES, LEONARDO, ERASMUS – sind bereits wichtige Beiträge für ein „Europa des Wissens“, um den großen Herausforderungen des neuen Jahrtausends besser gerecht zu werden.

Ein Anzeichen für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit ist die starke Zunahme der europäischen Expertenöffentlichkeiten. Vor allem Ökonomen, Politikwissenschaftler und Juristen entwickelten in den letzten Jahrzehnten europaweite Experten Netzwerke mit ihren Zeitschriften, Tagungsserien, Debatten, Memoranden. Auch Historiker und Soziologen, aber auch Naturwissenschaftler folgen diesem Trend neuerdings. Die Entstehung von Expertenöffentlichkeiten wird von der Europäischen Union vor allem durch die Rahmenpläne für die Forschung massiv unterstützt. Die europäischen Expertenöffentlichkeiten wurden aber nicht allein von oben durch die Europäische Kommission geschaffen, sondern entstanden bereits früher und bestehen heute auch außerhalb der Forschungsrahmenpläne.

Ein Anzeichen ist die massive Zunahme der Zivilgesellschaften in Brüssel, der Interessengruppen, der Nichtregierungsorganisationen, der politischen Netzwerke.

Sicher ist diese Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene nicht so öffentlichkeitswirksam wie auf der nationalen Ebene. Streiks, Demonstrationen oder andere öffentliche Aktionen sind selten. Aber diese Zivilgesellschaft nimmt nicht nur massiv Einfluss auf die Entscheidungen in Brüssel, sondern tritt auch mit Memoranden, Berichten, Kongressen und Reden an die Öffentlichkeit.

Nationale politische Eliten müssen schon jetzt dazu beitragen, europäische Politik einer abwägenden Erörterung zugänglich zu machen. Nationale Minister könnten z.B. verstärkt in den Parlamenten anderer Mitgliedstaaten auftreten.

Europäische politische Parteien sind dadurch in ihrer Wirkung begrenzt, dass die EU-Bürger/innen sich in erster Linie als Angehörige ihres Staates und nicht als Unionsbürger verstehen.

Nachzudenken wäre über europäische Parteien mit transnationalen Listen und transnationalen politischen Identifikationsfiguren. In Zukunft könnten beispielsweise gleiche Wahlplakate in verschiedenen europäischen Ländern affiziert sowie gleichzeitig „Elefantenrunden“ für Europawahlen ausgestrahlt werden.

Ein Anzeichen für eine europäische Öffentlichkeit ist die Verbreitung der europäischen Symbole vor allem seit den 1980er Jahren, wie der Fahne mit zwölf Sternen auf blauem Grund, dem europäischen Pass, dem Europasymbol auf Autokennzeichen und den Euro-Scheinen.

Die Symbole drücken meist die Bewältigung der Vergangenheit aus, die Symbole von morgen müssen die Bewältigung der Zukunft zum Ausdruck bringen. Wir brauchen moderne, in die Zukunft gerichtete Symbole, die die entstehende Identität für den Bürger greifbar machen.

In diesem Zusammenhang ist an einen Wettbewerb unter den Unionsbürgern zu denken, weil damit die Chance besteht, Identität von unten nach oben wachsen zu lassen.

Die Perspektiven der Europäischen Union

Die Verfassungschance

Europa sollte daran festhalten, die Entwicklung von fünfzig Jahren Integration in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in einem Grundlagendokument zusammen zu führen, das die Verfassungsordnungen der europäischen Staatenwelt nicht ersetzt, sondern an die Bedingungen der Gegenwart heranhöhrt. Mit dieser Verfassung wäre das innere Gleichgewicht der erweiterten Union im Lot und die Handlungsfähigkeit nach innen wie außen gestärkt. Über die zahlreichen Vorzüge dieser Verfassung gegenüber dem heutigen Wildwuchs der Verträge herrscht Einigkeit bei allen Mitgliedstaaten. Das Verfassungsprojekt darf nicht scheitern.

Erst dann gewinnt die größte Idee Europas seit der Erfindung des Nationalstaates fassbare Gestalt. Erstmals wäre die politische Ordnung in Analogie zu den Ordnungen ihrer Mitglieder zu lesen. Wenn es gelingt, diesen Fortschritt für die große EU verbindlich zu machen und dynamisch weiter zu entwickeln, dann tritt Europa in eine neue Ära seines Selbstverständnisses und seiner Möglichkeiten.

Jenseits der 25

Wichtige Grundsatzentscheidungen zu einer Vergrößerung der EU sind bereits getroffen worden bzw. stehen bevor:

- Mit Bulgarien und Rumänien werden die Verhandlungen in Kürze abgeschlossen.
- Mit der Türkei ist die EU seit Jahrzehnten vertraglich verbunden. In den letzten Jahren hat die Türkei beachtliche Fortschritte erzielt. Die Aufnahme von Verhandlungen wurde mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen beschlossen.

- Die Aufnahme von Verhandlungen mit Kroatien wurde beschlossen.

- Für die Staaten des westlichen Balkan ist durch den Stabilitäts- und Assoziierungsprozess eine Integration in die EU bereits angelegt. Albanien, Bosnien-Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie Serbien-Montenegro haben es in der Hand, durch ihre eigenen Entwicklungen aufzuschließen.

- Mit den EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz besteht eine enge Verbindung durch den EWR-Raum bzw. eine Reihe von bilateralen Abkommen. Sollte das Stimmungspendel in diesen Staaten in der Zukunft Richtung Mitgliedschaft „ausschlagen“, so werden die Verhandlungen über den Beitritt in kurzer Zeit abgeschlossen werden können.

- Ziel der Zusammenarbeit der EU mit den an die erweiterte EU angrenzenden Nachbarregionen ist es, die politische und sicherheitspolitische, die wirtschaftliche und finanzielle sowie soziale, kulturelle und zwischenmenschliche Partnerschaft auszubauen.

Die Europäische Union ist zum zentralen Bezugspunkt geworden. Ihre Anziehungskraft birgt jedoch für die Union selbst wie für potenzielle Beitrittskandidaten in ihrer Nachbarschaft Gefahren: der EU droht bei einer ungesteuerten Erweiterungsdynamik die innere Überdehnung. Für Länder aus der Nachbarschaft, die bisher über keine Beitrittsperspektive verfügen, könnte andererseits das Ausbleiben dieser Perspektive zu Rückschlägen in der Entwicklung führen.

Von welchen Überlegungen sollte sich die EU-Nachbarschaftspolitik in dieser Frage leiten lassen?

- Die Liste potenzieller Beitrittskandidaten sollte nicht definitiv festgelegt werden. Die Grenzen liegen dort, wo sich die Menschen eindeutig und ohne Vorbehalte für das integrierte Europa entscheiden. Die entscheidenden Kriterien sind die Bereitschaft zur konstruktiven Einordnung und die Fähigkeit zur Mitwirkung in der EU.

- Zukünftige Beitrittsverhandlungen können in verschiedene Formen der Partnerschaften münden. Die Beziehungen der Nachbarstaaten zur EU sollten in erster Linie als wichtiger Impuls zur eigenen Transformation verstanden werden.

- Rücksichtnahme auf die Besonderheiten der Region ist die Richtschnur für die Ausgestaltung der Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik.

Die EU und ihre Nachbarstaaten sollten eine funktional definierte Kooperation zum zentralen Mechanismus der Nachbarschaftspolitik ausbauen. Darauf aufbauend lässt sich die institutionelle Kooperation bis hin zu Optionen einer Teilmitgliedschaft in Einzelbereichen der europäischen Integration vertiefen.

Ohne Strategien der Differenzierung liefe die große Europäische Union Gefahr, das Schicksal klassischer Großstaatsbildungen zu wiederholen, die an der Gleichzeitigkeit von innerer Konsolidierung und äußerer Herausforderung gescheitert sind.

Sicherheitspolitik kann heute weder ausschließlich national noch ressortspezifisch betrieben werden, sondern erfordert internationale und ressortübergreifende Koordination.

Im Gegensatz zu der massiv erkennbaren Bedrohung zur Zeit des Kalten Krieges ist keine der neuen Bedrohungen rein militärischer Natur und kann daher auch nicht mit rein militärischen Mitteln bewältigt werden.

Jede dieser Bedrohungen

- Terrorismus
- Massenvernichtungswaffen
- Regionale Konflikte
- Scheitern von Staaten
- Organisierte Kriminalität und Schleppwesen

erfordert eine Kombination von Instrumenten. Die Proliferation kann durch Ausfuhrkontrollen eingedämmt und mit politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Druckmitteln bekämpft werden, während gleichzeitig

auch die tieferen politischen Ursachen angegangen werden. Die Bekämpfung des Terrorismus etwa erfordert eine Kombination – mit abgestufter Vorgangsweise – aus diplomatischen, wirtschaftlichen Mitteln, aus Aufklärungsarbeit sowie polizeilichen, justiziellen und militärischen Mitteln. In gescheiterten Staaten etwa helfen militärische Mittel die Ordnung wieder herzustellen und humanitäre Mittel die Notsituation zu bewältigen. Regionale Konflikte bedürfen politischer Lösungen, in der Zeit nach Beilegung des Konflikts können aber auch militärische Mittel und eine wirksame Polizeiarbeit vonnöten sein.

Wirtschaftliche Instrumente dienen dem Wiederaufbau, und ziviles Management trägt zum Wiederaufbau einer zivilen Regierung bei.

Im erweiterten Petersberg-Spektrum findet dies seinen Niederschlag: die bisherigen Aufgaben – humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, die Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens einschließen – um die Aspekte Abrüstung, Beratung und Unterstützung, Konfliktverhütung sowie Stabilisierungsoperationen ergänzt. Die designierte EU-Kommissarin, Benita Ferrero-Waldner, sieht, die Sicherheit für die Bürger und die Weiterführung der Europäischen Sicherheitsstrategie als Hauptaufgaben der EU an. „An oberster Stelle steht dabei der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Es bedarf hier einer gemeinsamen Strategie aller Mitgliedstaaten und des gemeinsamen Gebrauchs aller äußeren und inneren polizeilichen Instrumente.“

Nach dem die Verfassung in Kraft getreten ist, „werden wir unsere Kräfte bündeln müssen, jene der Kommission, des Rates und der diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten“. Diese Kohärenz der EU-Politik ist für Ferrero-Waldner ein zentrales Anliegen.

Der Vertrag von Amsterdam machte die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu einer der Prioritäten der Europäischen Union.

In einem weiteren Schritt ist darüber nachzudenken, wie die Bereiche der Innen- und Justizpolitik in Zukunft Teil der vernetzten Sicherheitspolitik werden können. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) stellt im Kern die richtige Antwort auf die neuen Herausforderungen dar, weil sie unterschiedliche sicherheitspolitische Instrumente zur Bekämpfung der Ursachen der neuen sicherheitspolitischen Risiken und Folgen miteinander kombinieren kann.

Eine vernetzte Sicherheitspolitik ist in Zukunft ohne die Verknüpfung von GASP und ESVP mit der seit 1999 betriebenen Gemeinschaftsbildung im Bereich Justiz und Inneres nicht zu denken. Sie liegt in der Logik eines gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Eine Verdichtung der Unionskompetenzen im Bereich Sicherheit wird auch den Erwartungen der Bürger/innen in Europa gerecht.

Sie liegt auch in der Logik der Stärkung der äußeren Handlungsfähigkeit der EU. Denn, so Benita Ferrero-Waldner, „die EU ist die größte Wirtschaftsunion, größter Geber in Sachen humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe und Garant für Stabilität, Demokratie und Menschenrechte. Daher müsse man alle Anstrengungen darauf verwenden, ein wirklicher global player zu werden.“

Ein wesentliches identitätsstiftendes Merkmal im Vergleich zu anderen Regionen sind die funktionierenden Systeme der sozialen Sicherheit in Europa. Sie sind Voraussetzung für Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand – auch in der Wissensgesellschaft der Zukunft.

Die demografische Entwicklung zwingt die Mitgliedstaaten der EU, ihre Systeme der sozialen Sicherheit weiterzuentwickeln. Das erfordert eine gesamteuropäische Koordination der nationalen Maßnahmen, um die Systeme der sozialen Sicherheit zu erhalten.

Die europäische Antwort verhindert einzelstaatliches Sozialdumping und sichert damit weiterhin europäische soziale Standards im internationalen Wettbewerb. Darüber hinaus

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TSCHECHIEN

ERIK KROIHER

Dezember 2005

www.kas.de/tschechien

www.kas.de

zählen die Bekämpfung der Armut und die sozialen Integration nach wie vor zu den größten Herausforderungen für die Union.

Ziel der Lissabon-Strategie ist es, die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt sicherzustellen.

Zur Verwirklichung dieses Zieles bedarf es eines umfassenden Politikansatzes, bei dem Maßnahmen der Arbeitsmarkt, Bildungs- oder Ausbildungspolitik ebenso erforderlich sind wie auch Anpassungen in der Struktur der öffentlichen Haushalte. Im speziellen sollen die sozialen Schutzsysteme modernisiert, deren langfristige Finanzierbarkeit sichergestellt und an die Dynamik des Wirtschaftslebens angepasst werden.

Die globale Ordnung

Wo steht Europa, wenn es darum geht, den Frieden zu sichern und Menschen in Europa und anderswo in der Welt vor Krieg und Vertreibung, vor Mord und Raub zu schützen? Welche Rolle spielt Europa in einer Welt mit zunehmender Bevölkerung, wachsendem Hunger, immer größeren Wanderungswellen, grenzenloser Umweltzerstörung und ungebremster Klimaveränderung?

Für ein effektives weltpolitisches Handeln muss die EU an erster Stelle ihr Defizit an strategischem Denken weiter abbauen. Erst wenn es gelingt, eine eigene Kultur des weltpolitischen Denkens zu entwickeln, wird Europa eine markante gestalterische Relevanz erhalten. Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) spiegelt den Willen der Europäer wider, sich als ordnungspolitische Gestaltungskraft durch gemeinsames Handeln zu etablieren:

Sie bietet noch keine ausreichende Antwort, wie und vor allem mit welchen Mitteln Europa den gemeinsamen Herausforderungen in letzter Konsequenz begegnen will.

Die Europäische Union wird erst dann ernst genommen, wenn sie über die entsprechende zivile und militärische Fähigkeiten verfügt und bereit ist, über die Form und den Zeitpunkt ihres Einsatzes zu entscheiden.